

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ) zu Post Nr. 7 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 20.11.2024.

Justiz-Alarm

In einem an die nächste Regierung gerichteten Forderungspapier plädieren die richterlichen Standesvertreter (Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter sowie die Vertretung der Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD)) für „mehr Planstellen für Richterinnen und Richter sowie Richteramtsanwärterinnen und -anwärter. Auch brauche es ausreichend Budget und eine unabhängige staatsanwaltschaftliche Weisungsspitze. Abstand halten soll die Regierung von Anlassgesetzgebung und kurzen Gesetzesbegutachtungsfristen.“

Es brauche einerseits mehr Planstellen für Richter und Auszubildende, andererseits müssten freiwerdende Stellen umgehend besetzt werden. Beklagt wird etwa, dass mehr als 20 offene Richterplanstellen am Bundesfinanzgericht (BFG, Hauptsitz in Wien) "seit Jahren" nicht ausgeschrieben würden. Erinnert wird auch an die lange Suche nach einem Präsidenten für das Bundesverwaltungsgericht (BVwG, ebenfalls in Wien) aufgrund von "politischer Koordinierung". Der Bestellungsprozess hatte wegen der Uneinigkeit in der schwarz-grünen Koalition länger als ein Jahr gedauert.

Besteht Säumigkeit bei der Besetzung von Richterplanstellen und Leitungsfunktionen von Gerichten, soll nach Wunsch der Standesvertretungen ein Rechtsbehelf zum Einsatz kommen können. Des Weiteren soll auch eine unabhängige staatsanwaltschaftliche Weisungsspitze her, auf deren Ausgestaltung sich Schwarz-Grün nicht hatte einigen können. Derzeit steht die Justizministerin an dieser Spitze. Für die Besetzung von Präsidenten und Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichtshofes und der Verwaltungsgerichte soll es Besetzungsvorschläge richterlicher Gremien geben.

Auch budgetäre Forderungen enthält das Papier, schließlich solle die Justiz als Dienstgeberin attraktiv bleiben. Ausreichend Mittel brauche es nicht nur für den zusätzlichen Personalbedarf, sondern auch für die Renovierung veralteter Gerichtsgebäude. Zugleich müssten die Gehälter aller Richterinnen und Richter angehoben werden, denn ihre Besoldung sei "im Vergleich mit anderen juristischen

Berufen längst nicht mehr konkurrenzfähig". So dürften Richter nicht schlechter gestellt sein als Staatsanwälte. Gefordert werden u.a. auch ein Abfertigungsmodell, Teilauslastungsmodelle und die Möglichkeit eines „Sabbaticals“.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für mehr Planstellen für Richterinnen und Richter sowie Richteramtsanwärterinnen und -anwärter, umgehende Nachbesetzung freiwerdender Stellen, ausreichendes Budget, unabhängige staatsanwaltschaftliche Weisungsspitze und gegen Anlassgesetzgebung und kurzen Gesetzesbegutachtungsfristen aus und fordert die künftige Bundesregierung und den künftigen Bundesminister für Justiz auf, diese Maßnahmen zeitgerecht umzusetzen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

